

Politische Bildung in Krisenzeiten

Politische Bildung ist gerade in Krisenzeiten eine wichtige Aufgabe. Es gibt eine Reihe von Organisationen, die sich dieser Aufgabe unterziehen. Dazu gehört auch die Gesellschaft für Sicherheitspolitik, mit der die ES&T zusammenarbeitet. Wie alle anderen Organisationen auch hat die Gesellschaft für Sicherheitspolitik alle zentralen und dezentralen Veranstaltungen abgesagt. Wie kann der sicherheitspolitische Diskurs dennoch geführt werden?

In jeder Krise liegt auch eine Chance. Diese Binsenweisheit greift auch jetzt während der Corona-Pandemie. Das Vereinsleben muss sich auf die neue Lage einstellen. Veranstaltungen, auch bei der Gesellschaft für Sicherheitspolitik, müssen abgesagt oder zumindest verschoben werden. Das betrifft die vielen geplanten Veranstaltungen in der Region, aber auch zentrale Vorhaben auf Bundesebene.

Im Zeitalter der Digitalisierung ergeben sich aber neue Möglichkeiten, die man nutzen kann. Sie müssen jetzt eingeführt oder weiterentwickelt werden. Sie müssen den Mitgliedern nahegebracht werden. Dafür sind solche Zeiten aber gut. Viele haben mehr Zeit, sich da einzuarbeiten. Und wer Interesse an den Themen hat, wird sich da einbringen.

Die Gesellschaft für Sicherheitspolitik hat auf ihrer Webseite einen Blog eingerichtet und nunmehr im Zuge der Corona-Krise etwas umgestaltet und leichter zugänglich gemacht. Gestartet wurde eine Reihe von Blogbeiträgen zu nationalen und multinationalen sicherheitspolitischen Auswirkungen der Corona-Krise. Die Mitglieder der Gesellschaft sind aufgefordert, sich durch Kommentare und Beiträge in diese Diskussion einzubringen. Das läuft zu Beginn einer solchen Aktion zunächst schleppend. Eine einfache Wortmeldung in einer Veranstaltung ist naturgemäß leichter als ein Beitrag in einem Blog, der bundesweit und dauerhaft gelesen werden kann. Auch muss sich das erst einmal herumsprechen. Der Newsletter mit der Ankündigung ging naturgemäß an Vorstand und Regionalleiter. Das muss in die Breite kommuniziert werden. Viele Mitglieder gehen nicht regelmäßig auf die Webseite. Dort sind aber die Newsletter auch zu finden, deren Frequenz deutlich erhöht werden soll.

Die Gesellschaft ist auch in den sogenannten sozialen Medien präsent und aktiv. Es wird schon klar, dass eine Gruppierung wie die Gesellschaft für Sicherheitspolitik auf Vorbehalte stößt, wenn sie ihren Mitgliedern die Nutzung von Twitter und Facebook empfiehlt. Aber die Führung der Gesellschaft wirbt aktiv dafür, dass auch dort sicherheitspolitische Beiträge zu finden sind. Da ist es bei genauerem Hinsehen für den Nutzer sogar einfacher, sich einzubringen. Das geht über das Anklicken eines Likes oder mit einem kurzen Text, so wie bei einer Veranstaltung. Neu im Aufbau ist ein YouTube-Kanal, über den man auch kommunizieren kann.

Diese neuen Kommunikationsmittel erfreuen sich vor allem bei den jüngeren Mitgliedern und der sicherheitspolitischen Community immer größerer Beliebtheit. Ein Beweis ist die Anmeldung jüngerer Bürger, die durch die elektronische Mitgliedschaft ihren Weg in die Gesellschaft für Sicherheitspolitik finden.

Die Präsenz in diesen Diensten gestaltet nicht nur der Bundesverband, sondern auch Regionalorganisationen oder Querschnittgruppen wie die Junge GSP. Das ist kein Wettbewerb, sondern ergänzt sich, wie die Führung in einem Newsletter schreibt.

Peter E. Uhde

dieser Etatentwicklung die Lücken zwischen Bundeswehrplanung, insbesondere Erreichung der Ziele des Fähigkeitsprofil 2031, und dafür notwendiger Finanzierung immer größer werden.

Die entscheidende Rüstungsinvestitionsquote bleibt deutlich unter den dauerhaft notwendigen 20 Prozent. Da aber selbst diese mittelfristige Finanzplanung unter dem Vorbehalt der Entwicklung zukünftiger Steuereinnahmen und den zu erwartenden Folgen und Priorisierungen der Pandemie stehen, sollte im Verteidigungsministerium niemand mehr auf das Prinzip Hoffnung oder die nähere Zukunft setzen. Eine realistische Anpassung des Fähigkeitsprofils erscheint jetzt dringend geboten, um aus vergangenen Reformen bekannte Fehlentwicklungen aufgrund des Festhaltens an unrealistisch gewordenen Annahmen und Rahmenbedingungen zu vermeiden. Zusätzliche Finanzmittel dürfte die Bundeswehr absehbar nur erhalten, wenn diese für die Beseitigung der im Moment sichtbar gewordenen Mängel in den Fähigkeiten zum Heimat- und Katastrophenschutz sowie für die Krisenvorsorge verwendet werden. Hier könnte sich die Bundeswehr aber durchaus als ein geeignetes Vehikel des Bundes anbieten. Wo der Bund sonst mit großem Widerstand in die Hoheit der Länder und die Grundlagen des Föderalismus eingreifen müsste oder sich wie im Falle des Gesundheitssystems dem neoliberalen Paradigma und den Kräften des Marktes aktiv entziehen müsste, kann er über die Organisation der Bundeswehr zumindest in gewis-

sem Umfang Fähigkeiten und Kapazitäten der Krisenvorsorge und des Katastrophenschutzes (wieder) aufbauen. Klar sollte dabei sein, dass die Bundeswehr in diesen Bereichen aber immer nur einen begrenzten Beitrag leisten kann. Ein in zentralen und existenziellen Funktionen stärkerer Staat, ein nicht rein nach wirtschaftlichen Erwägungen aufgebautes, widerstandsfähigeres Gesundheits- und Pflegesystem etc. könnte nicht im Ansatz durch die Fähigkeiten einer primär gegen externe Bedrohungen und zur militärischen Verteidigung aufgestellte Bundeswehr kompensiert werden. Zumal diese gerade hinsichtlich dieser Aufgaben seit 1990 einen Großteil ihrer Fähigkeiten, Strukturen und Ressourcen politisch gewollt abgebaut hat. Sie ist aber ein wichtiges Puzzleteil der gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge und des Resilienzaufbaus. Bei der mit Sicherheit anstehenden Analyse des Umgangs mit dieser Pandemie sollte es ausdrücklich nicht um Schuldzuweisungen oder das Suchen politischer Sündenböcke gehen. Schon das bisherige Ausmaß der Corona-Pandemie kann mit Fug und Recht als Schwarzer Schwan, also als von den meisten unerwartetes Krisenphänomen, bezeichnet werden. Zwar wurde schon 2012 im „Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz“ ein aus heutiger Sicht erschreckend realistisches Szenario einer „Pandemie durch Virus Modi-SARS“ analysiert und auf die gravierenden Folgen, das Schadensausmaß und die notwendigen Maßnahmen sowie Vorbereitungen hingewiesen. Gleichzeitig wurde das Ereignis aber mit der Klassifizierung „C“ als „bedingt wahrscheinlich“ eingestuft, also einem Ereignis, das statistisch in der Regel einmal in einem Zeitraum von 100 bis 1.000 Jahren eintritt.

Viele Gewissheiten werden nach dieser Krise auf den Prüfstand gestellt werden. Dazu zählen mit Sicherheit Fragen zur Reform föderaler Strukturen bzw. der Reorganisation des Verhältnisses von Bund und Ländern in bestimmten von der Pandemie berührten Bereichen. Insbesondere das Verhältnis von Staat und Markt bezüglich existenzieller gesellschaftlicher Aufgaben und Funktionen, u. a. im Gesundheitssystem und der Krisenvorsorge bzw. dem Katastrophenschutz wird mit Sicherheit dazu zählen. Der starke Nationalstaat dürfte wieder dominant werden, hoffentlich unter Beibehaltung der europäischen Perspektive, eines pragmatischen Multilateralismus und einer Weiterentwicklung auch der EU-Strukturen der gemeinsamen Krisenvorsorge. Mittel- und langfristig dürften all diese Entwicklungen auch die Bundeswehr stärken, wenn sie klug geführt und richtig positioniert wird, wenn sie jetzt die richtigen Prioritäten setzt und wenn sie dem hohen Vertrauensvorschuss seitens der Bevölkerung auch in dieser Krise gerecht wird. ■